

## Ergebnisse der finnischen Ratspräsidentschaft Inoffizielle Übersetzung, Änderungen vorbehalten

### 1. HORIZONTALE FRAGEN

#### Erweiterung

- Als Datum für den Unionsbeitritt Rumäniens und Bulgariens wurde während der finnischen Präsidentschaft der 1. Januar 2007 bestätigt. Mit dem Beitritt der beiden Länder kommt die fünfte Erweiterungsrunde der Union zum Abschluss.
- Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien wurden im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen für die Erweiterung fortgeführt: Die Beitrittskandidaten werden gleich behandelt, und die Fortschritte bei den Verhandlungen beruhen auf den eigenen Leistungen der Staaten. Während der finnischen Präsidentschaft wurde ein von der Kommission angestellter Vergleich zwischen dem Unionsrecht und dem nationalen Recht der Türkei und Kroatiens zu Ende gebracht. Mit Kroatien wurde außerdem ein Verhandlungskapitel eröffnet und vorläufig abgeschlossen (Bildung und Kultur), drei weitere Kapitel (Wirtschafts- und Währungspolitik, Unternehmens- und Industriepolitik, Zollunion) wurden eröffnet.
- Als Ratspräsident bemühte Finnland sich darauf hinzuwirken, dass die Türkei Fortschritten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara macht. Es sollte eine Lösung gefunden werden, die es möglich gemacht hätte, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ohne Unterbrechung fortzuführen, und die zugleich Verbesserungen im Verhältnis zwischen den beiden Gemeinschaften in Zypern gebracht hätte. Dabei ging es nicht um einen Versuch, die Zypernfrage zu lösen, denn das geschieht unter der Führung der Vereinten Nationen. Finnland führte im Herbst Verhandlungen mit den Parteien. Der Ratspräsident stellt am 21.11. nach Beratungen auf Außenministerebene fest, dass die Voraussetzungen für die Findung einer Lösung nicht gegeben seien.
- Der Rat beschloss im Dezember die Maßnahmen, mit denen die EU im Beitrittsprozess mit der Türkei auf die Nichterfüllung des Zusatzprotokolls zum Abkommen von Ankara durch die Türkei reagiert. Solange die Türkei nicht ihren Verpflichtungen nachkommt, werden acht das Zusatzprotokoll zum Abkommen von Ankara berührende Verhandlungskapitel nicht geöffnet und kein Kapitel wird abgeschlossen. Die Verhandlungen über die anderen Kapitel werden normal bis zur Abschlussreife fortgeführt.
- Der Rat erzielte im Dezember politisches Einvernehmen über die Veröffentlichung von Schlussfolgerungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Nordzyperns – diese sollen im

Januar genehmigt werden. In Verbindung mit dem Treffen veröffentlichte der Ratspräsident mit Unterstützung aller Mitgliedsstaaten eine Erklärung, mit der die Fortführung des UN-Prozesses in der Region unterstützt wird.

- Der Europäische Rat vom Dezember führte eine eingehende Debatte über die Erweiterungsfrage. Als Resultat der Debatte bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihr Einvernehmen über die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses.

### Verfassungsvertrag

- Finnland führte während seiner Ratspräsidentschaft mit allen Mitgliedsstaaten sowie mit Bulgarien und Rumänien vertrauliche bilaterale Konsultationen über die Zukunft des Verfassungsvertrags der Union. Bei den Konsultationen sondierte der Ratspräsident die Ansichten der Mitgliedsstaaten sowohl zu der Frage, wie und nach welchem Zeitplan der Prozess fortgeführt werden soll, als auch zu möglichen Lösungsalternativen im Hinblick auf den Vertragsinhalt. Somit trat der Reformprozess der Union in ein aktiveres Stadium ein. Die Schlussfolgerungen, die der finnische Ratspräsident aus dem Inhalt der Konsultationen zieht, bilden das Fundament für die weitere Arbeit. Ministerpräsident Matti Vanhanen präsentierte dem Europäischen Rat vom Dezember seine Einschätzung von den Ergebnissen, und für den Gebrauch Deutschlands als folgendem Ratspräsidenten wird Finnland eine detailliertere Analyse ausarbeiten.

### Bessere Rechtssetzung

- Während der finnischen Präsidentschaft wurden systematisch die Grundsätze für eine bessere Rechtssetzung in der Arbeit des Rats angewendet. Die von der Kommission angestellten Folgenabschätzungen wurden in den Arbeitsgruppen und Ausschüssen des Rats als Grundlagen für die politische Entscheidungsfindung genutzt. Vorschläge zur Vereinfachung gesetzlicher Regelungen wurden aktiv gefördert. Die Sitzungen des Ecofin-Rats und des Rats »Wettbewerbsfähigkeit« haben politische Vorgaben für die Fortsetzung der Arbeit für eine bessere Rechtssetzung geliefert.

### Offenheit und Kommunikation

- Die im Juni angenommenen Richtlinien für eine vermehrte Offenheit der Ratssitzungen wurden während der finnischen Präsidentschaft in vollem Umfang umgesetzt. Die Zahl der öffentlich geführten Debatten wurde erheblich ausgeweitet. Im Zeitraum Juli-Oktober fanden 85 Ministertreffen öffentlich statt. Besonders deutlich nahm die Zahl der öffentlichen Debatten über Gesetzgebungsangelegenheiten zu. Während im ersten Halbjahr 2006 nur 17 % aller Ministerdebatten über legislative Fragen öffentlich stattfanden, betrug der entsprechende Anteil in den ersten vier Monaten der finnischen Ratspräsidentschaft 86 %.
- Seit Anfang Juli können die öffentlichen Ratssitzungen auch live im Internet verfolgt werden. Auf der Präsidentschafts-Website wurden außerdem die Pressekonferenzen der informellen Ministertreffen, des Asem-Gipfels und der Gipfeltreffen mit anderen

Drittländern sowie des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs in Lahti übertragen. Die auf der Präsidentschafts-Website angebotenen Webcasts öffentlicher Sitzungen und Pressekonferenzen wurden in den wöchentlichen Newslettern der Präsidentschaft aufgelistet. Seit Mitte Oktober hat der Ratspräsident auch eine wöchentliche Info über die Webcasts der Präsidentschaft und des Ratssekretariats herausgegeben.

- Die Ratspräsidentschaft hat sich um eine offene, schnelle und technisch hochwertige Kommunikation bemüht. Hauptsächlich Adressat waren die Medien der Unionsländer. Ein besonderer Akzent lag auf der Internet-Kommunikation. Auf der Präsidentschafts-Website wurden neben Basisinformationen und Nachrichtenmaterial auch Informationen zur Erleichterung der Arbeit der Medien bereitgestellt wie Tagungsagenden, die Mobiltelefonnummern amtlicher Ansprechpartner und förmliche Einladungsschreiben der finnischen Minister an ihre Amtskollegen. Außerdem konnten auf der Website SMS-Benachrichtigungen über wichtige Nachrichten der Präsidentschaft sowie E-Mail-Sendungen mit Presseinformationen abonniert werden.

#### Haushalt und Finanzen der EU

- Über den Haushaltsplan für 2007 wurde zwischen den für den Haushalt zuständigen Organen ein Einvernehmen erreicht. Die dreiprozentige Erhöhung der Zahlungsermächtigungen ist im Hinblick auf die Anforderungen strenger Haushaltsdisziplin wohl begründet. Außerdem wurde die Gesamtreform der Haushaltsordnung zum Abschluss gebracht.

## 2. POLITIKBEREICHE

#### Wettbewerbsfähigkeit

- Unter finnischer Führung wurden die Beratungen über das neue Chemikalienrecht der Union (Reach-Verordnung) zum Abschluss gebracht. Die betreffenden Verhandlungen haben sich über nahezu zehn Jahre hingezogen. Die Verordnung stellt eine Gesamtreform des europäischen Chemikalienrechts dar und ist als großer Fortschritt gegenüber dem rund 40 Jahre alten Überwachungssystem anzusehen.
- Die Beratungen über das 7. Rahmenprogramm für Forschung (2007-2013) wurden zum Abschluss gebracht. Die erzielte Einigung erstreckt sich auch auf die Beteiligungsregeln für das Rahmenprogramm sowie die spezifischen Programme. Die Umsetzung dieses größten Investitionsfinanzierungsprogramms der Union (ca. 55 Mrd. Euro) kann somit wie geplant Anfang 2007 beginnen.
- Die Dienstleistungsrichtlinie wurde angenommen. Sie stellt einen großen Schritt voran bei der Entwicklung eines funktionierenden Binnenmarkts für Dienstleistungen und bei den gemeinsamen Bestrebungen um Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit dar.
- Zu den Hauptthemen der finnischen Präsidentschaft gehörte die Entwicklung einer umfassenden Innovationspolitik. Der Europäische Rat vom Dezember bekräftigte im

Einklang mit dem beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Lahti erzielten Einvernehmen den Bedarf für einen strategischen Ansatz zur Schaffung eines innovationsfreundlichen Umfelds in Europa. Der Rat »Wettbewerbsfähigkeit« legte die strategischen Prioritäten für die europäische Innovationsförderung fest; die Fortschritte in ihrer Umsetzung werden im Rahmen der Fortschrittsbewertung der Lissabon-Strategie geprüft.

- Während der finnischen Präsidentschaft wurde ein politisches Einvernehmen über eine neue Fertigpackungsrichtlinie erreicht. Ziel der Richtlinie ist es, durch Deregulierung der Verpackungsgrößen den freien Warenverkehr auf dem Binnenmarkt zu fördern und den Verbrauchern ein hohes Maß an Wahlfreiheit bei den Verpackungsgrößen zu gewährleisten. Die geplante Richtlinie ist ein gutes Beispiel für eine konkrete Maßnahme zur Förderung des Binnenmarkts und der Lissabon-Strategie.
- Im Bereich der technischen Gesetzgebung wurde mit dem Europäischen Parlament ein Einvernehmen über eine Richtlinie über das Inverkehrbringen pyrotechnischer Gegenstände erreicht. In der Richtlinie werden unter anderem die Zulassungsverfahren für pyrotechnische Gegenstände im Raum der EU vereinheitlicht.
- Im Bereich der Verbraucherpolitik wurden ein gemeinsamer Standpunkt zum verbraucherpolitischen Programm für die Jahre 2007–2013 gebilligt und relevante Fortschritte bei den Beratungen über eine neue Verbraucherkreditrichtlinie erreicht.
- In die finnische Ratspräsidentschaft fielen große Vorhaben zur Modernisierung der Zollgesetzgebung, darunter ein Vorschlag für eine Gesamtreform des Zollkodex, über dessen Inhalt inzwischen etwa zur Hälfte Einigung erreicht ist. Zugleich wurden auch die Verhandlungen über das Aktionsprogramm »Zoll 2013« (2008–2013) zum Abschluss gebracht.
- Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur äußeren Wettbewerbsfähigkeit der Union an, in dem die künftigen Schwerpunkte der europäischen Handelspolitik definiert sowie Instrumente zur Verbesserung der handelspolitischen Effizienz gesucht werden. Sie enthalten unter anderem ein Votum für eine möglichst baldige Aufnahme von Freihandelsgesprächen mit den Asean-Staaten, Indien und Südkorea.

#### Wirtschafts- und Währungspolitik

- Im Hinblick auf die Umsetzung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakts wurde Einigung erzielt, dass es notwendig sei, die gute wirtschaftliche Konjunktur voll auszunutzen. Dies ist eine zentrale wirtschaftspolitische Leitlinie. Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde weiterhin vereinbart, dass im Zusammenhang mit den Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen auch die nationalen Haushaltssysteme einer Prüfung unterzogen werden. Die Fortschritte beim Lissabon-Prozess wurden erstmals auf der Grundlage der Berichte über die Durchführung der nationalen Aktionspläne bewertet.

- Im Juli wurden die Ratsbeschlüsse zur Einführung des Euro in Slowenien angenommen. Slowenien nimmt zu Beginn des Jahres 2007 als erstes neues Mitglied den Euro in Gebrauch.
- Unter der Führung des Ratspräsidenten bestimmte die Union ihren Standpunkt zu einer Reform des Internationalen Währungsfonds (IMF). Die ersten Schritte der Reform wurden im September in Singapur vereinbart und entsprechen recht gut den Vorstellungen der Union.
- Finnland stellte als Ratspräsident Fragen der Stabilität des Finanzsystems und des diesbezüglichen Krisenmanagements in den Vordergrund. Bei einem informellen Ministertreffen wurden die Ergebnisse einer im Frühjahr 2006 durchgeführten Krisenmanagementübung evaluiert und weiterführende Maßnahmen zur Entwicklung der Krisenmanagementvorkehrungen für Finanzmarktkrisen beschlossen.
- Der Rat beschloss, die Zusammenarbeit der Banken bei der Schaffung eines Einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (SEPA) zu unterstützen. Gefördert wird der SEPA auch durch die vorgeschlagene Richtlinie über Zahlungsdienste. Bei den Verhandlungen über den Vorschlag wurden während der Präsidentschaft Fortschritte erreicht, die ein gutes Fundament für die weiteren Beratungen abgeben.
- Bei den Beratungen über eine Überprüfung des aufsichtsrechtlichen Zulassungsprozesses für Fusionen und Übernahmen im Banken-, Wertpapier- und Versicherungssektor wurde im Herbst ein politisches Einvernehmen erreicht.
- Der Rat unterstützte den neuen Verhaltenskodex der Clearing- und Abwicklungsbranche, den die Kommission gemeinsam mit Marktakteuren aufgestellt hat. Mit seiner Hilfe sollen die Effizienz und der Wettbewerb des Markts verbessert werden. Zugleich wurde der Zeitplan für die weiteren Beratungen vereinbart. Künftig werden sich die Mitgliedsstaaten systematisch an der Entwicklung des Nachhandels beteiligen.
- Im Steuerbereich vereinbarte der Rat unter anderem neue Reisefreigrenzen bei der Einreise aus Drittländern. Auf dem Gebiet der Alkoholsteuer wurde vereinbart, dass die Kommission im kommenden Frühjahr eine umfassende Studie über die Besteuerung von alkoholischen Getränken erstellen wird, unter besonderer Berücksichtigung der Wettbewerbskonstellationen zwischen den einzelnen Getränkekategorien. Die Studie wird als Fundament für die Entwicklung der Alkoholbesteuerung dienen.
- Ende November wurde Einigung über die Erneuerung des Mandats der Europäischen Investitionsbank (EIB) für die Darlehenstätigkeit in Drittländern erzielt. Mit ihrer Darlehenstätigkeit in Drittländern unterstützt die EIB die politischen Ziele der EU unter anderem in den Bereichen Erweiterung, Nachbarschaftspolitik, Energie und Umwelt. Die erreichte Lösung, die sich über die Jahre 2007–2013 erstreckt, gewährleistet die Weiterentwicklung der EIB-Tätigkeit.

## Elektronische Kommunikation

- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde aktiv an der Roaming-Verordnung gearbeitet. Deren Ziel ist es, die Mobiltelefongebühren zu senken, die EU-Bürger bei Reisen innerhalb der Union zu zahlen haben. Obwohl die Behandlung des Richtlinienentwurfs aufgrund der zeitlichen Planungen des Europäischen Parlaments über die finnische Präsidentschaft hinaus andauert, konnten viele schwierige Fragen bereits gelöst werden, und über die Notwendigkeit der im Entwurf enthaltenen gesetzgeberischen Maßnahmen ist ein breiter Konsens erreicht worden. Die im Rat geführte politische Debatte erleichtert die weitere Arbeit und wird die Behandlung des Entwurfs während der deutschen Ratspräsidentschaft und seine Fertigstellung beschleunigen.
- Datensicherheit sowie das Vertrauen in die Sicherheit und Zuverlässigkeit der elektronischen Kommunikation und der informationsgesellschaftlichen Dienstleistungen waren Prioritäten der Ratspräsidentschaft im Bereich Informationsgesellschaftspolitik. Der Rat billigte im Dezember eine Entschließung über eine Strategie für eine sichere Informationsgesellschaft, die das Fundament für den gemeinsamen Standpunkt der Union zu Fragen der Datensicherheit bildet. Besonders hervorgehoben werden in der Entschließung die Bedeutung des Vertrauens, das Erfordernis, die Benutzer für die Fragen der Datensicherheit zu sensibilisieren und ihre entsprechenden Kompetenzen zu verbessern, die bestehenden Bedrohungen für die Datensicherheit sowie die Zusammenarbeit zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren. Die Entschließung enthält auch an die Mitgliedsstaaten gerichtete Maßnahmenvorschläge zur Förderung der vorangehend genannten Faktoren.
- Finnland engagierte sich für die Förderung der gemeinsamen Informationsgesellschaftspolitik. Die von Finnland im September veranstaltete hochrangige i2010-Expertenkonferenz und die betreffenden Schlussfolgerungen der Ratspräsidentschaft konkretisierten die i2010 Informationsgesellschaftsstrategie der Union sowie die damit verbundenen Maßnahmen der näheren Zukunft.

## Verkehr

- Finnland wählte die Logistik zum Schwerpunktfeld des Verkehrsbereichs, da sie eine zentrale Bedeutung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit, für die nachhaltige Entwicklung und für eine regional ausgewogene Entwicklung der Gemeinschaft besitzt. Die Kommission veröffentlichte im Sommer 2006 eine Logistikmitteilung, die im Rat behandelt wurde. Der Rat billigt im Dezember 2006 Schlussfolgerungen zur Logistik des Güterverkehrs. Die Schlussfolgerungen werden der Kommission als Richtlinien für die Vorbereitung eines Logistik-Maßnahmenprogramms dienen, das im Frühjahr 2007 veröffentlicht werden soll.
- Beim Gipfeltreffen EU-Russland wurde eine Lösung für das Problem der Sibirien-Überfluggebühren gefunden, der zufolge die Fluggesellschaften der EU-Staaten ab 2014 für Russland-Überflüge nur noch mit der Chicagoer Konvention vereinbare, amtlich festgelegte Fluggebühren zahlen werden. Dadurch wird sich die Wettbewerbsposition der europäischen Fluggesellschaften im Verkehr zwischen Europa und Fernost merklich verbessern.

- Finnland organisierte das erste Treffen des Ständigen Partnerschaftsrats EU-Russland (PPC), das sich eigens auf den Verkehrsbereich fokussierte. Bei dem Treffen wurden die Schwerpunktfelder für die Zusammenarbeit der nächsten Jahre vereinbart, und zwar Eisenbahn, Infrastruktur, Logistik sowie Sicherheit des Luft- und Seeverkehrs. Bei dem Treffen wurde auch eine Arbeitsgruppe für Logistik eingerichtet, die für die deutsche Präsidentschaft einen Bericht über Wege zur Verbesserung der Logistik und Effizienz des Güterverkehrs zwischen EU und Russland erstellen wird.
- Unter finnischer Führung wurde mit dem Europäischen Parlament ein Einvernehmen über die sog. TEN-Finanzierungsverordnung erreicht, die die Bedingungen für die Finanzierung der transeuropäischen Verkehrs- und Energienetze regelt.

## Energie

- Im Energiebereich lag der Schwerpunkt der finnischen Ratspräsidentschaft auf den Energie-Außenbeziehungen. Diese waren unter anderem Gegenstand des informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs in Lahti. Bei dem anschließenden gemeinsamen Abendessen wurden mit Russlands Präsident Wladimir Putin Gespräche in konstruktiver Atmosphäre geführt, und die Mitgliedsstaaten der EU traten geschlossen auf.
- Im Bereich der Energie-Innenpolitik nahm der Rat Schlussfolgerungen zum Aktionsplan für Energieeffizienz an. In den Schlussfolgerungen werden die vorrangigen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz in den kommenden Jahren dargelegt. Zur Unterstützung der in der Kommission erfolgenden Vorbereitungen des künftigen Energiepakets wurde im Rat auch über Fragen der Energieträgerwahl sowie der Förderung erneuerbarer Energien diskutiert.
- Im Hinblick auf die Energiebeziehungen zwischen der EU und Russland wurde ein Konsens über die Notwendigkeit einer engeren Partnerschaft als bisher erreicht. Einvernehmen bestand auch über das Erfordernis, die Vertiefung der Beziehungen mit den anderen Erzeuger- und Transitländern in der Nachbarschaft der Union fortzusetzen und zu forcieren. Außerdem war man sich einig, dass den Energie- und Klimafragen auch in Zukunft eine zentrale Rolle bei Gipfeltreffen der EU mit Drittländern einzuräumen ist.
- Die Energiebeziehungen mit Russland gehörten auch zu den Themen des Ende November veranstalteten Gipfeltreffens EU-Russland sowie des Ständigen Partnerschaftsrats EU-Russland im Dezember.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde die Einrichtung eines Netzes von Energiesicherheits-Korrespondenten beschlossen. Das Netz soll geopolitische und andere Energieinformationen sammeln und analysieren und als Frühwarnsystem fungieren.

## Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik

- Finnland trug einen neuen Lösungsvorschlag zur Modernisierung der Richtlinie zur Arbeitszeitgestaltung vor. Ein großer Teil der Mitgliedsstaaten hat seine Gesetze nicht an die Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs angepasst, da die Einhaltung der EuGH-Beschlüsse die Gewährleistung der ärztlichen Grundversorgung erschweren und in den Mitgliedsländern eine erhebliche Zusatzbelastung der öffentlichen Haushalte verursachen würde. Der finnische Vorschlag hätte eine Lösung für diese Probleme gebracht und den Arbeitnehmern zugleich besseren Schutz in Fällen garantiert, in denen von der in der jetzigen Arbeitszeitrichtlinie vorgesehenen Möglichkeit zum Abweichen von der Bestimmung über die wöchentliche Höchstarbeitszeit (Opt-out-Klausel) Gebrauch gemacht wird. Im Rat konnte jedoch keine Einigung über den Vorschlag erzielt werden.
- Der Rat und das Europäische Parlament fanden eine Einigung über die Verordnung zur Einrichtung eines Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Wie vom Rat geplant, kann der Fonds seine Tätigkeit Anfang 2007 aufnehmen. Mit dem Fonds soll Arbeitnehmern, deren Arbeitsplatz aufgrund der Globalisierung verschwunden ist, geholfen werden, neue Arbeit zu finden.
- Die Verhandlungen über die Einrichtung eines Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen kamen zum Abschluss, als der Rat und das Europäische Parlament Einigung über die Gründungsverordnung fanden. Zugleich beschlossen die Mitgliedstaaten einstimmig, dass das Institut seinen Standort im litauischen Wilna haben wird.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurden nahezu alle Mehrjahresprogramme des Sozial- und Gesundheitssektors fertig gestellt und die betreffenden Beratungen zum Abschluss gebracht: das »Progress«-Programm für Beschäftigung und soziale Solidarität, das »Daphne«-Programm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen sowie das Drogenprogramm der EU.
- Zum Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2008–2013) wurde im Rat politische Einigkeit erreicht. Das Finden eines Einvernehmens zwischen Rat und Europäischem Parlament wurde sehr weitgehend fundiert – es ist beabsichtigt, die Angelegenheit während der deutschen Ratspräsidentschaft zum Abschluss zu bringen.
- Bei der Vorbereitung einer Richtlinie über die Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen wurden bedeutende Fortschritte erreicht und das Fundament für die Findung eines Konsenses geschaffen. Mit der geplanten Richtlinie soll die Mobilität der Arbeitnehmer gefördert werden.
- Das europäische Arzneimittelrecht wurde durch Fertigstellung und Annahme der Verordnung über Kinderarzneimittel ergänzt. Während der finnischen Präsidentschaft wurde die Annahme von Rechtsakten über Medizinprodukte und neuartige Therapien fundiert. Diese Rechtsakte unterstützen die Wettbewerbsfähigkeit der pharmazeutischen Industrie Europas und die Patientensicherheit.
- Die Beobachtung der Situation bei der Vogelgrippe wurde fortgesetzt, und zugleich wurden die Präventionsmaßnahmen aktiv vorangebracht. Bei der 4. Internationalen

Konferenz über Aviäre Influenza in Bamako, Mali, wurden für die globale Bekämpfung und Verhütung der Vogelgrippe speziell in Afrika fast 500 Millionen Dollar bereitgestellt. Hiervon kommen über 130 Millionen Dollar von der EU bzw. der Kommission. Finnland leitete und koordinierte als Ratspräsident die Unionsteilnahme an der Konferenz.

#### Bildung, Kultur, Jugend und audiovisueller Sektor

- Der Rat einigte sich im November auf eine gemeinsame Herangehensweise zur Reform der Richtlinie »Fernsehen ohne Grenzen«. Dadurch wird der Weg für Beratungen während der deutschen Ratspräsidentschaft geebnet. Einen gemeinsamen Standpunkt dürfte der Rat gegen Ende der deutschen Präsidentschaft annehmen, wenn das Plenum des Europäischen Parlaments seinen eigenen Standpunkt beschlossen und die Verhandlungen mit dem Parlament beginnen können.
- Unter finnischer Führung beschlossen der Rat und das Europäische Parlament mehrjährige Kooperationsprogramme in den Bereichen Bildungs-, Kultur- und Jugendpolitik. Gemäß den Zielen der Präsidentschaft werden 2007 das Integrierte Aktionsprogramm »Lebenslanges Lernen«, das Programm »Jugend in Aktion« sowie die Programme »Kultur 2007«, »MEDIA 2007«- und »Bürger für Europa« beginnen. Das neue Aktionsprogramm »Lebenslanges Lernen« kombiniert mehrere bestehende Programme wie Sokrates, Leonardo da Vinci und Europass.
- Ein informelles Treffen der Bildungsminister genehmigte im Dezember eine »Helsinki-Deklaration«, in der die Fortsetzung des Kopenhagen-Prozesses zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung vereinbart wurde.
- Der Rat beschloss während der finnischen Ratspräsidentschaft, das Jahr 2008 zum »Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs« zu erklären.

#### Umwelt

- Die Verlangsamung des Klimawandels ist während der finnischen Ratspräsidentschaft in zahlreichen Zusammenhängen thematisiert worden. Die EU erreichte bei der internationalen Klimakonferenz von Nairobi im November ihre zentralen Verhandlungsziele. Der Schwerpunkt in Nairobi lag auf Fragen, die speziell für Entwicklungsländer von großer Relevanz sind, wie etwa die Anpassung an den Klimawandel. Außerdem erreicht die EU ihr Ziel, die Verhandlungen über die Entwicklung des Klimaabkommensystems für die Zeit nach 2012 zu fördern.
- Der Klimawandel und eine nachhaltige Energiepolitik waren auch Gesprächsthemen bei Gipfeltreffen mit Drittländern sowie dem Ständigen Partnerschaftsrat EU-Russland, Umweltangelegenheiten. Des Weiteren wurde ein Dialog mit den Vereinigten Staaten über Klima, saubere Energie und nachhaltige Entwicklung eingeleitet. Diese Diskussionen haben für ihren Teil den Boden für die Verhandlungen über das Klimavertragswerk für die Zeit nach 2012 bereitet.

- Der Rat genehmigt im Dezember Schlussfolgerungen, in denen der Zeitplan und die Prämissen der Union für den internationalen Verhandlungsprozess sowie für die auf EU-Ebene zu leistende vorbereitende Arbeit bestimmt wurden.
- Der Rat erzielte im Oktober ein politisches Einvernehmen über eine Richtlinie über die Luftqualität. Der zentrale Inhalt der Richtlinie wurde bereits während der österreichischen Präsidentschaft vereinbart. In der Richtlinie über die Luftqualität werden erstmals verbindliche Grenzwerte für Feinstaub festgelegt. Außerdem einigten sich der Rat und das Europäische Parlament über eine Verordnung, mit der die Emissions-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge verschärft werden (sog. Euro-5- und Euro-6-Standards). Schlechte Qualität der Atemluft ist in Europa ein bedeutender gesundheitsbeeinträchtigender Faktor.
- Der Rat erreichte im Dezember politisches Einvernehmen über einen Vorschlag für den Schutz der Meeresumwelt.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft konnte mit dem Europäischen Parlament auch Einigkeit über zwei Umweltinstrumente, die Gegenstand von Schlichtungsverfahren waren, erreicht werden. Hierbei handelt es sich um die Grundwasserrichtlinie sowie um die sog. INSPIRE-Richtlinie zu Schaffung einer Raumdateninfrastruktur in der Union.
- Das Ziel der EU, bis zum Jahre 2010 den Rückgang der biologischen Vielfalt zu stoppen, wurde während der finnischen Ratspräsidentschaft auf dem Fundament einer Mitteilung der Kommission sowie einem darin erhaltenen Aktionsprogramm umfassend debattiert. Der Rat nahm im Dezember Schlussfolgerungen zur Biodiversitätsfrage an.

### Regionalpolitik

- Die während der vorangegangenen Präsidentschaften vorbereiteten Strukturfondsverordnungen wurden formell im Juli angenommen. Das ermöglichte unter der finnischen Präsidentschaft eine zügige Behandlung der zu den Verordnungen gehörenden Richtlinien für die Kohäsionspolitik der EU. Nach der Billigung durch das Europäische Parlament wurden die Richtlinien im Oktober endgültig vom Rat verabschiedet. Die Annahme der EU-Verordnungen ermöglicht es, die betreffenden Programme im Laufe des Jahres 2007 zu starten.

### Landwirtschaft und Fischerei

- Bei einem informellen Treffen der Landwirtschaftsminister schob Finnland eine Debatte über die derzeitige Situation des europäischen Agrarmodells und die Herausforderungen der Zukunft an. Die Debatte fand eine enthusiastische Resonanz. Die nächsten Herausforderungen für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sind Vereinfachung und die »Generalüberprüfung« der GAP sowie die Halbzeitprüfung des Finanzrahmens der Union. In der Debatte wurde der Startschuss für die Planung und Entwicklung der GAP für die Zeit nach 2013 gegeben.

- Dem Rat gelang es, seine Arbeitsweisen bei der Behandlung von Fischereifragen durch zeitliches Vorziehen (Frontloading) der Beschlussfassung über die Fangmöglichkeiten in den verschiedenen Fangregionen zu rationalisieren. So einigte sich der Rat schon im Oktober über die Fangmöglichkeiten in der Ostsee und im November über die Fangmöglichkeiten für Tiefseebestände. Dies entlastete den Europäischen Rat vom Dezember – dieser legte die Fangmöglichkeiten in der Nordsee, im Atlantik und in anderen Meeresgebieten fest. Das »Frontloading« erleichtert den Unternehmen des Fischfangsektors die Planungen für das nächste Jahr und fördert zugleich eine nachhaltige Nutzung der Fischbestände.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurden ein seit langem beratener Vorschlag über Regeln für den Fischfang im Mittelmeer und ein Vorschlag für eine Verordnung über die elektronische Erfassung und Übermittlung von Daten über Fangtätigkeiten erfolgreich zum Abschluss gebracht.
- Im Zusammenhang mit dem Vorschlag für eine Spirituosenverordnung fand ein vom Ratspräsidenten vorgelegter Textentwurf die Zustimmung durch eine breite Mehrheit, so dass dieser als Fundament für die Debatte mit dem Europäischen Parlament dienen wird. Das Plenum des Parlaments wird im März 2007 über seinen Standpunkt abstimmen.
- Eine der Prioritäten der Ratspräsidentschaft war ein Bericht über das System der Beihilfen für Energiepflanzen und die Behandlung der diesbezüglichen Änderungsvorschläge der Kommission. Eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten befürwortet die Vorschläge der Kommission zur Erweiterung des Beihilfensystems auf alle Mitgliedsstaaten und zur Anhebung der garantierten Höchstflächen. Die neuen Regelungen wurden im Dezember vom Rat »Landwirtschaft und Fischerei« angenommen.
- Im forstlichen Bereich war es die wichtigste Aufgabe während der finnischen Ratspräsidentschaft, die Unionsstandpunkte für die bei der nächsten Tagung des Waldforums der Vereinten Nationen (UNFF) im April 2007 anstehenden Entscheidungen vorzubereiten. Bei der Tagung sollen ein völkerrechtlich unverbindliches globales Waldinstrument sowie das Arbeitsprogramm des Waldforums, das die weltweite forstliche Zusammenarbeit bis zum Jahre 2015 umreißt, beschlossen werden.
- Unter der Leitung Finnlands wurden Schlussfolgerungen über den EU-Forstaktionsplan (2007–2011) ausgearbeitet und im Oktober vom Rat angenommen. In den Schlussfolgerungen wird unter anderem eine verbesserte Koordination der forstbezogenen Unionsaktivitäten verlangt.
- Die Kommission wird im Frühjahr 2007 einen Vorschlag für die gemeinsame Tiergesundheitsstrategie der Jahre 2007–2013 vorlegen. Finnland veranstaltete im März gemeinsam mit Österreich und der Kommission ein Meeting, bei der ein Bewertungsbericht zur gemeinsamen Tiergesundheitsstrategie der Jahre 1994–2005 geprüft wurde. Auf der Grundlage der Debatte wurden Schlussfolgerungen des Ratspräsidenten angenommen, in denen die Rolle von Vorbeugung für die künftige Tiergesundheitspolitik der Union unterstrichen wird.

- Im Dezember wurde ein Ratsbeschluss über eine Verordnung über die Einfuhr von ökologischen/biologischen Erzeugnissen gefasst. Zugleich beschloss der Rat einen gemeinsamen Standpunkt zu einem Vorschlag für eine Verordnung über die ökologische/biologische Erzeugung und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.
- Ebenfalls im Dezember beschloss der Rat eine Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Bananen. Im Zuge der Reform soll der größte Teil der betreffenden Beihilfen auf die POSEI-Regelung für die Regionen in äußerster Randlage übertragen werden.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde eine Richtlinie mit Gesundheits- und Hygienevorschriften für Tiere und Erzeugnisse aus Aquakultur sowie zur Verhütung und Bekämpfung bestimmter Wassertierkrankheiten angenommen.

#### Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

- Der Europäische Rat vom Dezember ging eine politische Selbstverpflichtung ein, der zufolge in Verbindung mit der nächsten Reform der Unionsverträge die in den Beschlussfassungsmechanismen der Bereiche Justiz und Inneres bestehenden Probleme nach den im Verfassungsvertrag bestimmten Grundsätzen gelöst werden. Dies bedeutet unter anderem eine Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit.
- Was die Migration anbetrifft, bestätigte der Europäische Rat vom Dezember die Elemente für einen europäischen Gesamtansatz zur Migrationsfrage sowie die Maßnahmen für 2007. Es wurde beschlossen, dass die guten Ergebnisse der Zusammenarbeit mit Ländern Afrikas auch auf die Migration aus östlichen und südöstlichen Nachbarregionen der Union angewendet werden. Neben langfristigen Maßnahmen wurde die Fähigkeit der Union zur Steuerung irregulärer Migrationsströme gestärkt.
- Im Hinblick auf das Schengener Informationssystem (SIS) wurde ein politisches Einvernehmen über Gesetzesinitiativen zum SIS II erreicht. Dieses Gesetzgebungspaket ist eine Voraussetzung dafür, dass die Entwicklung des SIS II vorangebracht werden kann. Gemeinsam mit Österreich hatte Finnland die Aufgabe, die neuen Mitgliedstaaten – außer in Bezug auf das Schengener Informationssystem – einer entsprechenden Bewertung zu unterziehen. Außerdem handelte Finnland eine Lösung aus, die es möglich macht, unter der Voraussetzung, dass die neuen Mitgliedstaaten den Schengen-Besitzstand vollständig anwenden, bis Ende 2007 die internen Grenzkontrollen an den Landgrenzen der neuen Mitgliedsstaaten und bis 2008 die entsprechenden Flughafenkontrollen abzuschaffen.
- Der Rat und das Europäische Parlament erreichten ein politisches Einvernehmen über ein Rahmenprogramm für Solidarität und die Steuerung der Migrationsströme, das vier Fonds einschließt (Flüchtlingsfonds, Außengrenzenfonds, Rückkehrfonds und Integrationsfonds). Ein politisches Einvernehmen wurde auch über die Rahmenprogramme »Grundrechte und Justiz« sowie »Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte« erreicht.

- Im Dezember brachte Finnland im Rat die Verhandlungen über die Einrichtung einer Agentur für Grundrechte erfolgreich zum Abschluss. Die Agentur nimmt seine Tätigkeit im ersten Halbjahr 2007 in Wien auf. Es wurde eine Lösung gefunden, die es der Agentur gleich nach ihrer Einrichtung ermöglicht, auf freiwilliger Basis im Feld der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit tätig zu werden. Obwohl sich die Agentur in ihrer Tätigkeit hauptsächlich auf die Anwendung des Unionsrechts auf Unions- und Mitgliedsstaatenebene richtet, werden unter bestimmten Voraussetzungen auch Kandidatenländer und die westlichen Balkanstaaten an ihrer Arbeit teilnehmen können.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde ein Einvernehmen über die Berücksichtigung von in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren erreicht. Der Rahmenbeschluss fördert die Gleichstellung der betreffenden Personen, indem in anderen Unionsländern ergangene Verurteilungen künftig in gleicher Weise berücksichtigt werden wie Verurteilungen durch inländische Gerichte. Zugleich hält der Rahmenschluss die Mitgliedsstaaten zu einer wirksameren Zusammenarbeit beim Austausch von Strafregisterinformationen an.
- Die inhaltliche Behandlung eines auf Initiative von Finnland, Schweden und Österreich gefassten Rahmenbeschlusses über die Überführung von Häftlingen wurde im Dezember im Rat auf Verlangen von 24 Mitgliedsstaaten auf Eis gelegt, nachdem ein Mitgliedstaat sich allen Kompromissvorschlägen widersetzt hatte. Der Rahmenbeschluss würde es möglich machen, nach einem effektiveren Verfahren als bisher Häftlinge zum Zweck der Strafverbüßung in den Staat zu überführen, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen oder in dem sie ihren Wohnsitz haben, oder in einen anderen Mitgliedsstaat, in der die Strafverbüßung vor allem unter dem Gesichtspunkt der Wiedereingliederung in die Gesellschaft am zweckmäßigsten erscheint. Der Rahmenbeschluss würde das Grundprinzip der gegenseitigen Anerkennung in der Union weiter stärken.
- Überprüfung des Haager Programms: Die Überprüfung der Programmumsetzung erfolgte mit besonderem Hinblick auf die Effizienz der Beschlussfassungsmechanismen sowie die Prioritätssetzungen in den Bereichen Justiz und Inneres, die das Fundament für die künftige Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bilden. Zugleich wurde das Erfordernis einer effektiveren Bewertung der Beschlussumsetzung herausgestrichen. Der Rat genehmigte im Dezember Schlussfolgerungen zur Überprüfung des Haager Programms und nahm einen Bericht des Ratspräsidenten zu jenen Fragen zur Kenntnis, in denen ein neuer Anlauf zur Förderung der Zusammenarbeit auf Unionsebene benötigt wird.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde die auf finnische Initiative entstandene Strategie zur Entwicklung eines integrierten Grenzsicherheitssystems angenommen.
- Im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen wurde mit dem Europäischen Parlament ein Einvernehmen über einer Verordnung zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen erreicht. Die Verordnung über den Europäischen Zahlungsbefehl wurde endgültig angenommen. Bei der Rom-I-Verordnung (auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendendes

Recht), der Verordnung zur Erleichterung der Einziehung von Unterhaltszahlungen und der Rom-III-Verordnung (Scheidungssachen) wurden wie erwartet Fortschritte erreicht.

- Die Verhandlungen zwischen EU und USA über die Übermittlung von Fluggastdatensätzen wurden im Oktober zum Abschluss gebracht. Die Union erreichte ihre Verhandlungsziele darin, dass die USA bekräftigte, zu ihren 2004 eingegangenen Verpflichtungen im Hinblick auf den Datenschutz zu stehen, und dass der störungslose Ablauf des Flugverkehrs gewährleistet bleibt.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde ein Verhandlungsmandat für Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit den westlichen Balkanstaaten beschlossen. Dies wird die Zusammenarbeit zwischen Union und den westlichen Balkanstaaten fördern und die europäische Perspektive dieser Länder festigen.

### Außenbeziehungen

- Die EU hat sich während der finnischen Ratspräsidentschaft aktiv für die Belebung des Friedensprozesses im Nahen Osten und ganz besonders für die Stabilisierung der Lage im Libanon nach Kriegsende engagiert. Die Union spielte im Verhandlungsprozess zur Beendigung der Feindseligkeiten eine zentrale Rolle, und sie bewies mit ihrem Truppenengagement Führerschaft bei der Stärkung der Unifil. Eine zentrale Rolle kam der Union auch als Bereitsteller humanitärer Hilfe zu.
- Was die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern anbetrifft, war die Ratspräsidentschaft bestrebt, direkt auf die Konfliktparteien einzuwirken, damit diese sich um die Herstellung von Verhältnissen bemühen, in der eine Wiederaufnahme des politischen Prozesses möglich würde. Zugleich hat die Ratspräsidentschaft die Verantwortung und Rolle der anderen Akteure der Region für eine Beruhigung der Lage herausgestrichen. Die internationale Zusammenarbeit wurde, vor allem im Rahmen des so genannten Quartetts, fortgesetzt, und zugleich hielt das internationale Gemeinwesen an seiner Unterstützung für das Zwei-Staaten-Modell fest.
- Die Zusammenarbeit und der Dialog mit den Partnerländern des Mittelmeerraums wurden auch im Rahmen des Barcelona-Prozesses aktiv fortgesetzt. Die im November veranstaltete Euromed-Ministerkonferenz war ein Erfolg. Die Annahme einer gemeinsamen Erklärung war ein deutliches Zeichen für das Gewicht, das die Partnerstaaten dem Prozess als Rahmen für die Entwicklung der regionalen wie auch der bilateralen Beziehungen beimessen.
- Finnland hat sich als Ratspräsident aktiv für die Förderung der Beziehungen zwischen der EU und Russland eingesetzt. Bei dem im November veranstalteten Gipfeltreffen EU-Russland wurde ein Einvernehmen über den schrittweise erfolgenden Abbau der Sibirien-Überfluggebühren erreicht. Insgesamt wurden fünf Ministerkonferenzen des Ständigen Partnerschaftsrats veranstaltet: Außenbeziehungen, Justiz und Inneres, Verkehr, Umwelt und Energie. Die Konferenzen der Bereiche Verkehr und Umwelt waren die ersten ihrer Art. Während der finnischen Präsidentschaft vereinbarten Russland und die EU die Einleitung einer umfassenden Umweltkooperation, die

Fragen des Klimas, der biologischen Vielfalt sowie des Meeres- und Gewässerschutzes umfasst.

- Für die Nördliche Dimension wurden bei einer hochrangigen Konferenz, die in Verbindung mit dem Gipfeltreffen EU-Russland stattfand, ein Rahmendokument und eine politische Erklärung angenommen. Die Nördliche Dimension wurde zu einer gemeinsamen Politik Russlands, Norwegens, Islands und der EU aufgewertet.
- Die bedeutendste Herausforderung auf dem westlichen Balkan war während der finnischen Ratspräsidentschaft der Kosovo-Statusprozess. Finnland war bemüht, dem Prozess unter der Leitung des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari die geschlossene Unterstützung durch die Union zu garantieren. Durch Veranstaltung zweier Troikka-Treffen auf Ministerebene mit Serbien leitete Finnland einen politischen Dialog mit Serbien ein.
- Im Bereich Nachbarschaftspolitik wurden im November 2006 Aktionspläne für Armenien, Aserbaidschan und Georgien angenommen.
- Der im September in Helsinki veranstaltete Asien-Europa-Gipfel war ein Erfolg. Während des Treffens wurden eine Erweiterung der Asem vereinbart und die erste Erklärung zum Klimawandel in der Geschichte der Asem veröffentlicht.
- Ein zentrales Thema während der finnischen Präsidentschaft war die Migration. Der Gesamtansatz zur Migrationsfrage wurde beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Lahti, beim Europäischen Rat vom Dezember, im Rat »Justiz und Inneres« sowie bei Treffen der Außen- und Entwicklungsminister bestätigt. Die Zusammenarbeit zwischen EU und afrikanischen Staaten in Migrations- und Entwicklungsfragen wurde vorangebracht. Die im Juli in Rabat und im November in Tripoli angenommenen Papiere bilden das Fundament für die konkrete Zusammenarbeit der kommenden Jahre. Im September 2006 spielte die EU eine prominente Rolle im Dialog der Vereinten Nationen über Internationale Migration und Entwicklung.
- Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde eine interne Übereinkunft über die Finanzierung des 10. Europäischen Entwicklungsfonds unterzeichnet, mit der die Entwicklungsfinanzierung der Union für Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks sowie für überseeische Länder und Gebiete in den Jahren 2008–2013 garantiert wird.
- Die Umsetzung der im Dezember 2005 verabschiedete Afrika-Strategie der Union machte Fortschritte. Die gemeinsame EU-/Afrika-Strategie soll bei einem Gipfeltreffen EU-Afrika angenommen werden, das im zweiten Halbjahr 2007 in Lissabon stattfindet.
- Die EU-Operation in der Demokratischen Republik Kongo unterstützte die Monuc-Operation der Vereinten Nationen und machte die Abhaltung von Wahlen im Kongo möglich. Im Sudan setzte die EU ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Friedenssicherungsoperation der Afrikanischen Union fort. Im Kosovo bereitete die Union sich auf die zweitgrößte zivile Krisenbewältigungsoperation ihrer Geschichte (ca. 1000 Teilnehmer) vor. Die Operation kann gegen Ende der deutschen Präsidentschaft anlaufen. Die zivile Krisenbewältigungsoperation im indonesischen Aceh endet Mitte Dezember nach einer regionalen Wahl. Der Friedensprozess in Aceh

ist zielgemäß vorangeschritten. Die EU prüft derzeitig vorläufig die Möglichkeiten für eine zivile Krisenbewältigungsoperation in Afghanistan.

- Die Arbeit zur Entwicklung der militärischen und zivilen Kapazitäten wurde fortgesetzt. Ein konkretes aktuelles Beispiel für eine qualitative Verbesserung der Krisenbewältigungsfähigkeit ist die Entwicklung schneller Eingreifsfähigkeit. Zum Ende der finnischen Präsidentschaft werden die Kampftruppen der EU in volle operative Bereitschaft versetzt. Auch die in den Bereich der zivilen Krisenbewältigung fallenden Zivilen Krisenreaktionsteams werden ihre vorläufige Einsatzbereitschaft gegen Ende der finnischen Präsidentschaft erreichen.
- Die aktiven Bemühungen der EU um ein Voranbringen der WTO-Verhandlungsrunde brachten während der finnischen Präsidentschaft noch keine Früchte. Die Union unternimmt Anstrengungen, um den Prozess in Gang zu halten.
- Finnland hat die Entwicklung der EU-Außenpolitik vorangebracht. Die kommenden Ratspräsidentschaften werden diese Arbeit fortsetzen. Die Maßnahmen konzentrierten sich auf eine Verbesserung der strategischen Planung, auf eine Förderung der Kohärenz beim Einsatz der verschiedenen Instrumente der Außenpolitik, auf eine verbesserte Koordination des Auftretens einzelner Mitgliedsstaaten in internationalen Organisationen sowie auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und Mitgliedsstaaten.
- Konkrete Fortschritte bei den Bemühungen um Verbesserung der Kohärenz in der Außenpolitik wurden u.a. beim »Mainstreaming« der Menschenrechte erreicht. In Entwicklungsfragen wurde das Ziel einer besseren Kohärenz durch gemeinsame Treffen von Außen- und Entwicklungsministern sowie von Handels- und Entwicklungsministern gefördert. Während der finnischen Ratspräsidentschaft wurde Einigung über das Verfahren zur Einbeziehung der Entwicklungsfragen in die Beschlussfassung des Rats sowie eine im Jahre 2007 auszuarbeitende gemeinsame »Aid for Trade«-Strategie erreicht.